

„Die größte Bekennerlawine aller Zeiten“

Psychopathen, Radikale und Agenten verwirren die Terroristenfahnder der Polizei

Die Bombe in Abflughalle B des Frankfurter Flughafens detonierte am Mittwoch vorletzter Woche um 14.42 Uhr, der Hessische Rundfunk verbreitete die Neuigkeit erstmals in seinen 16-Uhr-Nachrichten. Zehn Minuten danach ging der erste Bekenneranruf ein.

Bei der Telephonzentrale der „Frankfurter Rundschau“ meldete sich ein Mann: „Wegen der Bombe am Flughafen – weitere Bombenanschläge werden folgen.“ Dann legte er auf.

Einen Tag später traf bei einer Dependence der Nachrichtenagentur Reuter in der libanesischen Hauptstadt Beirut die erste schriftliche Bekennung ein. Als Motiv des Anschlags gaben die Absender an, „Geheimdienste aus der Bundesrepublik“ hätten Araber mit dem Auftrag angeworben, „Mitglieder und Führer arabischer Kampforganisationen“ im Libanon zu ermorden.

Bis Ende letzter Woche meldeten sich 30 Anrufer oder Briefeschreiber zu dem Anschlag am Airport, die allesamt reklamierten, jene Bombe gelegt zu haben, die drei Reisende getötet und 57 verletzt hatte. Beamte im hessischen Landeskriminalamt (LKA) konstatierten „die größte Bekennerlawine aller Zeiten“.

Während vergangene Woche das Geiseldrama von Beirut andauerte, auf dem Flughafen von Tokio und in einem Jumbo über dem Atlantik Sprengkörper detonierten und insgesamt 331 Menschen töteten (siehe Seite 88), versuchten westdeutsche Terroristenfahnder den Verursachern des Blutbades von Frankfurt auf die Spur zu kommen.

Doch die 92 Experten der Sonderkommission „Flughafen“ tappten im dunkeln: Sowohl die Bombe, deren Auswirkungen an die Anschläge von Rechtsextremisten 1980 in Bologna und auf dem Münchner Oktoberfest erinnerten, als auch Materialien in der Nähe des Tatorts waren „regelrecht atomisiert“ worden, wie Experten des hessischen LKA herausfanden. Die Tat ließ sich nicht einmal einer bestimmten Tätergruppe zuordnen – trotz oder gerade wegen der vielen Bekenner.

Denn die reichten von ganz links („Hier spricht die RAF“) bis ganz rechts: „Deutschland erwache. Heil Hitler.“ Auf Rhein-Main gebombt haben wollten, neben anderen, eine „Tamilische Befreiungsfront“, eine „Arabische Revolutionäre Organisation“ und „Das armenische Justiz-Kommando“.

Am glaubwürdigsten kamen LKA-Ermittlern noch die Äußerungen einer Gruppe namens „Peace Conquerors“ (Friedenseroberer) vor, die sich in einem

Brief zu einem Anschlag auf die Brüsseler Filiale des Chemie-Multis Bayer bekannt und hinzugefügt hatte: „Unsere Brüder haben gerade in Frankfurt am Main zugeschlagen. Glückwunsch. Aber der 19. Juni war nur eine Warnung. Hört auf mit den Umweltschädigungen, mit der Luftverschmutzung.“

Die Flut der telephonischen und schriftlichen Hinweise machte ein Dilemma öffentlich, in das Ermittler nach Terroranschlägen regelmäßig geraten: die durchweg diffizile Einordnung und Bewertung von Bekennungen tatsächlicher oder angeblicher Täter.



Tatort Frankfurter Flughafen: Spuren von ganz links bis ganz rechts

Fast immer, nachdem irgendwo Bomben explodiert oder Brandsätze gezündet worden sind, gehen bei Nachrichtenagenturen und Zeitungsredaktionen Anrufe und Briefe ein, die mitunter die einzigen Spuren darstellen. Häufig schaffen sie bei Ermittlern und in der Öffentlichkeit mehr Verwirrung als Klarheit.

Denn ob hinter einer Bekennung tatsächlich jene Gruppe steckt, die auch Urheber eines Terroranschlags war, ist kaum je festzustellen. Briefe wie von Andreas Baader, der 1972 die Echtheit eines Schreibens mit einem Fingerabdruck unter der Unterschrift bewies, gehen bei der Kripo nicht mehr ein.

Die Autoren von Bekennerbriefen können, wie Ermittler wissen, „Wichtiger sein, die mal in der Zeitung gedruckt werden wollen“. Als Absender in Frage kommen aber auch „Extremisten,

die einen Anschlag dem politischen Gegner in die Schuhe schieben wollen“, und die Desinformationsabteilungen von Geheimdiensten in aller Welt.

Zwar haben Fahnder Kriterien entwickelt, mit deren Hilfe sich Briefe zumindest grob einem bestimmten terroristischen Spektrum zuordnen lassen.

So ist die Echtheit angeblicher Bekennungen von Roter Armee Fraktion (RAF) und Revolutionären Zellen nach Tattyp, Textfluß, Vokabular und graphischer Gestaltung „relativ leicht zu erkennen“, wie ein Verfassungsschützer sagt.

„Revolutionäre Zellen“ beispielsweise unterzeichnen Postsendungen regelmäßig mit diesem Namen und fügen einen schwarzen fünfzackigen Stern hinzu. RAF-Täter bezeichnen sich stets als „Kommando“. Ihre Bekennungen erfolgen unmittelbar nach einem Anschlag telephonisch und zusätzlich, nach einem fernmündlichen Hinweis auf den Fundort des Briefes, auch schriftlich.

So war es auch nach dem Mord an dem Münchner Raumfahrt-Manager Ernst Zimmermann im Februar dieses Jahres. Stunden nach dem Anschlag übernahm ein Anrufer beim Lokalblatt „Gautinger Anzeiger“ („Hier ist die RAF“) im Namen eines „Kommando Patrick O'Hara“ die „Verantwortung für den Anschlag“ auf Zimmermann.

Und zwei Tage nach dem Mord fand die Kriminalpolizei in einem Papierkorb

am Stuttgarter Charlottenplatz ein zuvor avisiertes Schreiben des Mordkommandos, das der Chef des baden-württembergischen Landeskriminalamtes Kuno Bux sogleich als „echt“ bewertete. Bux: „Das erkennt man an bestimmten Formulierungen, an Leitsätzen und Wiederholungen in solchen Texten.“

Im Umkehrschluß ergibt sich, daß Briefe, die zwar mit „RAF“ gezeichnet sind, aber nach Inhalt, Wortwahl und dem Typ des dazugehörigen Anschlags nicht ins RAF-Raster passen, wahrscheinlich Fälschungen sind. Ein Ermittler: „Wenn da ‚Polizei‘ statt ‚Bullen‘ steht, werden wir mißtrauisch; wenn ganz unten ‚RAF‘ steht, aber darüber nur Quatsch, dann kann man das gleich in den Papierkorb werfen.“

Rechtsextremisten, so lautet eine andere Fahnder-Faustregel, schicken grundsätzlich keine Bekennerbriefe. Wild gewordene Umweltschützer wiederum, die sich nach Anschlägen auf Strommasten oder Zulieferer-Firmen für Kernkraftwerke melden, benutzen gerne aus Zeitungen ausgeschnittene Buchstaben oder „Letraset“-Lettern.

„Immer im Hinterkopf“ haben Verfassungsschützer bei ihren Textanalysen auch, daß Straftäter mit einer politisch begründeten Bekennung eine Fehlspur legen könnten. „Ein intelligenter Krimineller“, sagt ein Fahnder, „braucht doch nur mal die Szene-Zeitschriften zu lesen, in denen Terroristen-Texte abgedruckt sind, dann kann er jede Bekennung täuschend echt nachahmen.“

Als ärgerlich empfinden es Terroristen-Fahnder, daß Politiker und Medien, aber auch Verfassungsschützer und Polizisten die sensiblen Texte oft überinterpretieren und Schindluder mit Bekennerbriefen treiben. „Besonders in Wahlkämpfen“, sagt ein Textanalytiker, „werden Bekennungen und vermeintliche Bekennungen mit einem bestimmten und gewollten politischen Schwung versehen.“

So verlief beispielsweise die Debatte nach einem Anschlag auf ein Hertie-Kaufhaus in der Dortmunder Innenstadt, bei dem im März acht Menschen verletzt wurden. Ein Anonymus habe, meldete die „Bild“-Zeitung, nach der Tat bei „Bild“ angerufen und sich im Namen einer „Aktion Christian Klar“ zu dem Bombenanschlag bekannt.

„Bild“ mutmaßte sogleich, die Bombe sei „wahrscheinlich von RAF-Terroristen versteckt“ worden. Unionspolitiker schlachteten die bizarre These, zwei Tage vor den Landtagswahlen in Berlin und an der Saar, aus – gegen die Grünen, die während des Hungerstreiks von RAF-Häftlingen versucht hatten, mit Christian Klar ins Gespräch zu kommen.

„Keine demokratische Partei“, forderte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler nach dem angeblichen RAF-Anschlag,

dürfe von nun an mit „offensichtlich mit Terroristen sympathisierenden Grünen“ zusammenarbeiten. Der nordrhein-westfälische Christdemokrat Bernhard Worms sah eine „geistige Verbindung zwischen grüner Politik und politisch motivierter Gewalt“ dokumentiert.

Selbst die in Abdruck und Analyse von Bekennerbriefen versierte linke „Tageszeitung“ („taz“) war verunsichert. Ein „taz“-Kommentator forderte den RAF-Mann Christian Klar auf, er solle erklären, „ob ein solches Attentat mit seinem Namen verbunden werden kann oder nicht“. Die Frage erledigte sich, als nach den Wahlen ein unpolitischer, wenn nicht rechter Twen als Bombenleger überführt wurde.

Daß sich mit Terror-Taten politische Geschäfte machen lassen, hatte schon Anfang der siebziger Jahre der CSU-Wahlhelfer und Byzantinistik-Professor Berthold Rubin erkannt. Vier Tage vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl 1971 war der Hochschullehrer zusammen mit seinem Mitarbeiter Rudolf Metzger verschwunden; bei der Polizei ging ein Schreiben ein, das auf „die linksradikale Baader/Meinhof-Gruppe“ („Welt“) als Kidnapper hindeutete.

Doch die Entführung war gar keine: Die angeblich Verschleppten hatten sich lediglich versteckt und die Straftat vertuscht, um der CDU in einer Stunde „akuten nationalen Notstands“ (Rubin) zum Wahlsieg zu verhelfen.

Auch nach dem Anschlag auf Rhein-Main häuften sich wieder Fehlinterpretationen und gewagte Thesen. Denen, die sich als „Peace Conquerors“ ausgegeben, zu dem Anschlag auf die Brüsseler Bayer-Niederlassung bekannt und bei dieser Gelegenheit das Frankfurter Attentat lobend erwähnt hatten, wurde von „Welt“ und „Hamburger Abendblatt“ auch eine Bekennung zur Frankfurter Bombe untergeschoben; die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schrieb, zumindest mißverständlich, die Friedenseroberer hätten sich des Flughafen-Anschlags „gerühmt“. Allein die „taz“ meldete korrekt, die „Peace Conquerors“ hätten die Frankfurter Tat „begrüßt“.

Offenbar weil nach dem Flughafen-Attentat die Bekennerlage so verwirrend war und sich erneut auch angebliche RAF-Mitglieder als Bombenleger gemeldet hatten, sah sich ein Anonymus zu einem bislang einmaligen Schritt gezwungen. Beim nordrhein-westfälischen Landeskriminalamt meldete sich telefonisch ein „Kommando Christian Klar“ – mit einer Nicht-Bekennung. „Wir sind“, teilte der Sprecher mit, „nicht für den Anschlag auf dem Frankfurter Flughafen zuständig.“

Ob der Anrufer allerdings tatsächlich die RAF vertrat, blieb so ungewiß wie die wirkliche Urhebererschaft aller anderen Anrufe – kann sein, kann nicht sein.

Flughafen
Frankfurt/Main AG
Flughafensicherheitsdienste



Er paßt auf!

Sie auch?

Die Flughafensicherheitsdienste raten:

- Auf herrenloses Gepäck oder andere Gegenstände achten!
- Kein fremdes Gepäck entgegennehmen!
- Eigenes Gepäck nie unbeaufsichtigt lassen!

Wenn Sie verdächtiges wahrnehmen: Telefon **114** oder **110**

Ihre Flughafensicherheitsdienste

Plakat auf dem Frankfurter Flughafen „Vorbildlicher Sicherheitsstandard“

Schusswaffen, 47 000 Schuss Munition und fast 45 000 Messer sicher.

Doch in Stoßzeiten, wenn bis zu 3000 Passagiere abgefertigt werden müssen, bleiben Lücken infolge des Schnelldurchlaufs. „Da kann man nicht jeden bis auf die Badehose ausziehen“, meint Hanspeter Sturm, für den Flughafen Stuttgart zuständiger Polizeichef.

Vor allem Flüge nach Spanien, Griechenland, in den Nahen wie Fernen Osten und in die Staaten Lateinamerikas und Afrikas gelten als gefährlich. Das Ergebnis einer umfangreichen Recherche der „New York Times“ bei der „Internationalen Zivilluftfahrtvereinigung“ (IATA), bei Pilotenverbänden und vor Ort ist aufschlußreich.

Das Urteil über den Flughafen Galeão in der Welthauptstadt der Kriminalität, Rio de Janeiro: „Die Sicherheit wird lax gehandhabt.“ Das gleiche gilt für Lima, wo immerhin eine mörderische Guerilla operiert, wie auch für Mexiko.

Aber „speziell auf Mallorca“, so ein deutscher Flugkapitän, „ist es mit der Kontrolle beschissen, da kann jeder Hans und Franz aufs Rollfeld laufen“. Das änderte sich auch nicht nach 1977, als vier arabische Hijacker in Palma die Lufthansa-Maschine „Landshut“ bestiegen und nach Mogadischu entführten.

Zwei Jahre später verirrte sich ein Westdeutscher auf Mallorca bei der Autofahrt zu seinem Hotel und geriet dabei unversehens auf die Rollbahn.

Gute Noten gaben die „New York Times“-Redakteure ihrer Heimat, der Schweiz und dem Ostblock. Doch auch im Fernen wie Nahen Osten, wo häufig Schlendrian und Bakschisch die Kontrollen ersetzen, rühmen Journalisten Ausnahmen: Bangkok, Singapur, Seoul,